

Wirtschaft

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/wirtschaft

„In zwei, drei Monaten wird es eng“

Beim ersten Koblenzer Gespräch wird klar, wie sehr die Preisexplosion und Lieferengpässe den Unternehmen zusetzen

■ **Koblenz.** Eine eindeutige Prognose, wie es in Rheinland-Pfalz wirtschaftlich weitergeht, wagt derzeit niemand: Der Auftakt der Koblenzer Gespräche, initiiert von Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer, fiel in eine schwierige Zeit. Die derzeitige Situation lässt sich dagegen einfach beschreiben: Lieferengpässe, Preisexplosion, Corona-Nachwehen und der Krieg in der Ukraine prägen das Bild. Man könnte schwermütig werden, sagte Moderator Lars Hennemann, Chefredakteur unserer Zeitung, die Mitveranstalter der neuen Gesprächsreihe ist. Aber das sei nicht unternehmerisch: „Es muss um Lösungsmöglichkeiten gehen.“

Kurzfristig sind die schwer zu finden. Klar im Vorteil ist, wer noch ein gut bestücktes Materiallager vorhält – auch wenn er dafür vielleicht bis vor Kurzem noch belächelt wurde. Im Lager liegt nur totes Kapital herum, war die vorherrschende Meinung. Das Ziel war, die Dinge „just in time“ zu beziehen. Doch das „Gerade zur rechten Zeit“ funktioniert eben derzeit nicht mehr. 300 Containerriesen stecken im Corona-bedingten Schiffsstau vor Shanghai, erklärte Professor Stefan Spinler vom Lehrstuhl für Logistikmanagement der WHU – Otto Beisheim School of Management in Vallendar. Es könne Monate dauern, bis sie alle abgefertigt sind und neuer Nachschub auch nach Europa gelangt.

Ohnehin sind es die nächsten zwei, drei Monate, die mehr Klarheit über die weitere Entwicklung verschaffen werden. Wenn sich die Lieferengpässe bis dahin nicht auflösen, „wird es sehr eng“, sagte Ralf Hellrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Koblenz. Das heiße dann womöglich, dass Unternehmen Aufträge in ihren Büchern haben, die sie wegen Materialmangels nicht ausführen können – sodass sie ihre Beschäftigten in Kurzarbeit schicken müssen, obwohl es genug zu tun gäbe.



Moderiert von RZ-Chefredakteur Lars Hennemann (Dritter von links), diskutierten in Koblenz (von links): WHU-Professor Stefan Spinler, HWK-Hauptgeschäftsführer Ralf Hellrich, Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt, IHK-Vizepräsident Wolfgang Küster und Bankvorstand Walter Müller. Foto: Hwk

Denn zunächst ging es „nur“ um massiv steigende Preise. Von wenigen Prozent ist da schon länger nicht mehr die Rede, erklärte HWK-Präsident und Dachdeckermeister Kurt Krautscheid in einem Video-Einspieler. Stattdessen werden 20, 25, 30 Prozent mehr aufgerufen. In jüngster Zeit beobachtet Krautscheid aber in einigen Bereichen, etwa bei Dachziegeln, eine regelrechte „Klemme“: Das Material ist schlicht nicht mehr zu bekommen.

Ohne Dach kein Innenausbau

Krautscheid zeichne da ein „mittelmäßig düsteres Bild“, sagt Hellrich dazu. Man müsse nach Gewerken differenzieren. Das Ausbaugewerbe etwa sei „noch halbwegs flexibel“. Allerdings räumt Hellrich ein: Wo es kein Dach gibt, ist auch kein Innenausbau möglich. Richtig eng würde es allerdings, wenn russische Gaslieferungen

ausfallen. Tatsächlich gibt es drei Szenarien, in denen das passieren könnte, erklärte die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt (FDP): Putin dreht den Gashahn zu; die EU beschließt ein Embargo; oder die Pipeline durch die Ukraine wird bei kriegerischen Handlungen beschädigt – auch das ist nicht auszuschließen. Die Folgen wären allerdings „dramatisch“, so Schmitt. Es reiche dann nicht, die Heizung herunterzudrehen: Das eigentliche Problem ist gerade in Rheinland-Pfalz die energieintensive Industrie.

Die Ministerin nennt beispielhaft die BASF in Ludwigshafen und den Glashersteller Schott in Mainz – anfügen ließen sich im nördlichen Landesteil Glashersteller wie Verallia in Wirges oder Sahm und Rastal in Höhr-Grenzhausen sowie die gesamte keramische Industrie. Müssten Anlagen

wegen Gasmangel komplett heruntergefahren werden, drohen irreparable Schäden. Und ein Werk wie das der BASF in Ludwigshafen wiederherzustellen, würde Jahrzehnte dauern, „nicht nur ein halbes Jahr“, warnte IHK-Vizepräsident Wolfgang Küster.

Ministerin setzt auf Wasserstoff

Sind wir mit der starken Abhängigkeit von russischem Gas sehenden Auges in die Falle gelassen? Wirtschaftsministerin Schmitt will sich darauf nicht so recht einlassen und blickt lieber in die Zukunft: LNG als Ersatz für Erdgas müsse her, die Erneuerbaren gelte es rasch auszubauen. Und in Sachen Wasserstoff habe sich Rheinland-Pfalz schon früh auf den Weg gemacht – etwa beim Einsatz als Treibstoff in Nutzfahrzeugen.

Selbst wenn das Allerschlimmste ausbleibt, müssen die Unter-

nehmen immer noch mit den explodierenden Preisen klarkommen. Der Konsument als Endverbraucher kann sie nur stillschweigend hinnehmen – Unternehmen, die mitten in der Lieferkette stehen, können sie prinzipiell weiterreichen. Das muss aber mit Augenmaß geschehen.

Das es wichtig sei, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Lieferanten und Kunden nicht zu gefährden, war herauszuhören. Walter Müller, Vorstandsmitglied der Volksbank RheinAhrEifel, warb für einen offenen Umgang miteinander. Generell gilt es, Transparenz herzustellen: Wenn schon Prognosen kaum möglich sind, sollte doch zumindest allen die aktuelle Lage bewusst sein. *hil*

Ein Mitschnitt des Koblenzer Gesprächs steht ab 12. Mai auf www.hwk-koblenz.de

Kompakt

Ausbau der Windkraft kommt nicht in Schwung

■ **Berlin.** Der Ausbau der Windkraft an Land kommt in Deutschland nicht in Schwung. Wie der Bundesverband Windenergie mitteilte, gingen im ersten Quartal 99 Windräder mit einer Leistung von insgesamt 407 Megawatt neu ans Netz – 23 Prozent weniger als im Vorjahresquartal. Weil auch alte Anlagen stillgelegt wurden, lag der Nettowachstum bei der installierten Leistung bei 355 Megawatt. Spitzenreiter waren Nordrhein-Westfalen mit 26 neuen Windrädern und Schleswig-Holstein mit 25. Im flächenmäßig größten Land Bayern, das die bundesweit strengsten Regeln zum Abstand von Windrädern zur Wohnbebauung hat, ging überhaupt kein neues Windrad ans Netz.

Soforthilfen für die Ostseefischer

■ **Berlin/Hamburg.** Mit einer Reihe von Soforthilfen wollen der Bund und die drei Küstenländer die Ostseefischerei in ihrer tiefen Krise unterstützen. Im Kern geht es um neue und bessere finanzielle Hilfen bei der vorübergehenden Stilllegung oder endgültigen Abwrackung von Schiffen und neue Regeln, die den Fischern helfen, die drastisch reduzierten Fangquoten besser auszunutzen. Zudem soll eine Kommission bis Mitte 2023 längerfristige Perspektiven für die noch verbliebenen Fischereibetriebe an der Ostsee entwickeln.

RTL steigert die Zahl der Streamingabos kräftig

■ **Luxemburg.** Die RTL Group hat die Zahl seiner Streamingabos weiter gesteigert und inzwischen die Vier-Millionen-Marke überschritten. Ende März gab es 4,31 Millionen zahlende Abonnenten, wie die börsennotierte Mediengruppe mitteilte. Das waren fast 60 Prozent mehr als im März 2021 mit 2,7 Millionen. Die meisten Streamingabos der TV-Gruppe entfielen im März auf den deutschen Streamingdienst RTL+, die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um fast 85 Prozent auf 3,2 Millionen.

Umweltverbände sind gegen neue Ölförderung

■ **Friedrichskoog.** Umweltschützer haben die mögliche Ausweitung der Ölförderung im schleswig-holsteinischen Wattenmeer erneut scharf kritisiert. Deutsche Umwelthilfe (DUH), Schutzstation Wattenmeer und WWF fordern den Betreiber Wintershall Dea auf, die Pläne zu stoppen und die bestehende Förderung bis 2030 statt bis 2041 zu beenden. Deutschland brauche dieses Öl nicht, sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Für Klimaschutz und Natur seien die Bohrungen eine große Bedrohung.

Ermäßigte Biersteuer für kleine Brauereien bleibt

■ **Nürnberg.** Die Biersteuer auf die Produkte kleiner und mittelständischer Brauereien soll auf abgesehenem Niveau bleiben. Darauf haben sich die Finanzminister der Länder bei ihrer Jahreskonferenz in Nürnberg geeinigt. Die Gesetzgebung sieht für kleine Brauereien – entsprechend einer Mengenkategorie – ermäßigte Steuersätze vor. Diese waren 2004 erhöht worden. Im Zuge der Corona-Pandemie hatte der Gesetzgeber zur Entlastung der Brauereien die Sätze wieder auf das Niveau von 2003 abgesenkt – zunächst befristet für die Jahre 2021 und 2022. Dies soll nun verlängert werden.

Warum Bargeld auch ein Freiheitsthema ist

Gespräch mit Minister Volker Wissing über die Chancen und Grenzen der Digitalisierung

■ **Berlin.** Volker Wissing (FDP) ist nicht nur Verkehrs-, sondern auch Digitalminister. Im Interview mit unserer Zeitung spricht er über den Nachholbedarf in Deutschland und was man von Elon Musk lernen kann. Das Gespräch im Wortlaut:

Herr Minister, warum ist die Ukraine bei der Digitalisierung weiter als Deutschland?

Es ist eine größere Aufgabe, eine weit entwickelte Gesellschaft mit einer komplexen Bestandsinfrastruktur wie die der Bundesrepublik zu digitalisieren, als ein Land, in dem diese Strukturen nicht in gleichem Maße vorhanden sind und die Infrastruktur deshalb erst neu aufgebaut werden muss. Während man in Deutschland zu lange auf Kupfer gesetzt hat, wurde in anderen Ländern gleich in ein modernes Glasfasernetz investiert. Mit unserer Gigabit-Strategie sind wir in der Lage, uns an die Spitze vorzuarbeiten. 50 Milliarden Euro Kapital bis zum Jahr 2025, dazu ein mutiges Entbürokratisierungskonzept, das wird unsere digitale Infrastruktur auf modernstes Niveau bringen.

Wann wird Deutschland denn im europäischen Vergleich digital im oberen Drittel ankommen?

Wir haben Nachholbedarf bei der digitalen Infrastruktur. Mit der Gigabit-Strategie werden wir uns schnell an die Spitze vorarbeiten. Wir setzen auf Glasfaser überall dort, wo Menschen leben, arbeiten und sich bewegen sowie ein flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz. Egal, ob Festnetz oder Mobilfunk: Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger zuverlässig den bestmöglichen Netzzugang haben. Die Eckpunkte stehen, nun geht es an die Umsetzung. Was die Nutzung von digitalen Systemen angeht, müssen wir mehr Daten verfügbar machen und den Austausch von Daten erleichtern. Wir werden deshalb die Wirtschaft animieren, mehr und bessere Daten zur Verfügung zu stellen, damit der Übergang zu einer datenbasierten Wertschöpfung gelingt. Um da glaubwürdig zu bleiben, muss der Staat, muss mein Ministerium vorangehen. Letztlich müssen wir aufhören, analog und digital parallel zu betreiben. Das Digitale muss das Analoge ersetzen.

Diesen Mut müssen wir als Gesellschaft aufbringen.

Nun sind Sie nicht der erste Minister mit hochtrabenden digitalen Plänen. Warum sollte es diesmal klappen?

Ich habe nicht vor, hochtrabende Pläne zu entwickeln, sondern konkret politisch zu handeln. Mir geht es um ganz konkrete Fragen. Etwa, woran hängt es, dass nicht ausreichend in die Digitalisierung investiert wird? Dabei stößt man etwa auf eine fehlende DIN-Norm und nicht geklärte Haftungsfragen bei modernen Verlegeverfahren. Ferner wollen wir von Elon Musk lernen: Mobilfunkmasten sollen auch ohne explizite Genehmigung gebaut werden können, da sowieso die ganz überwiegende Anzahl der Anträge genehmigt wird. Solche Themen gehen wir an. Wir wollen Störfaktoren konsequent beseitigen.

Wird die Digitalisierung Deutschland zum bargeldlosen Land machen?

Die Kryptowährung Bitcoin ist ein sehr spannendes Thema. Daraus kann sich ein Teil unseres künftigen Zahlungsverkehrs entwickeln. Wir brauchen dazu allerdings auch alle Sicherheiten, so wie wir unser Bargeld gegen Fälschung und Betrug sichern müssen. Allerdings verbraucht die Kryptowährung gigantische Strommengen, pro Jahr mehr als einzelne Länder. Das wirft zwangsläufig auch die Frage nach der Klimabilanz auf.

Ich habe gerade erst eine Verordnung unterzeichnet, die das autonome Fahren auf eine nächsthöhere Stufe heben soll. Beispielsweise kann das Angebot eines Carsharing-Unternehmens mit dieser neuen Verordnung auch umgesetzt werden, nämlich, dass der Mietwagen nun voll autonom, aber ferngesteuert zum Kunden vor die Haustür fährt. Damit können wir Carsharing auch in Regionen bringen, in denen es bislang ein Problem war, wenn die Fahrt mit dem gemieteten Fahrzeug dort endete, weil es kaum einen Anschlussnutzer gab.

Also ab wann bezahlt Deutschland ohne Bargeld?

Wir dürfen den Zug nicht verpassen. Die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten. Wir haben aber die Chance, sie zu gestalten. So wie etwa der gute alte Plattenspieler oder Fotoabzüge auf Papier von der digitalen Zeit eingeholt wurden, dürfen wir beim digitalen Zahlungsverkehr nicht eingeholt werden. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob Deutschland eines Tages das Bargeld abschaffen wird. Bargeld ist auch ein Freiheitsthema. Mein Ziel ist es aber, dass wir offen sind, die Chancen der Digitalisierung für unsere Gesellschaft zu nutzen. Und dazu gehören auch moderne Zahlungssysteme. Wir wollen nicht nur Kunden, wir wollen erfolgreiche Entwickler und Anbieter solcher Systeme sein.

